

Befürworter jubeln, Gegnerinnen

Der Souverän heisst die Steuervorlage gut, womit auch der Krankenkassenabzug erhöht wird. Was Sieger und Verliererinnen sagen und wo die

Mathias Küng

56,8 Prozent der Stimmenden haben die kantonale Steuervorlage nach einem intensiven Abstimmungskampf gutgeheissen. Doch so deutlich wie im Grosse Rat, wo SVP, FDP, Mitte, GLP und EDU die Vorlage gegen SP, Grüne und EVP durchsetzten, ist das Ergebnis der Abstimmung nicht ausgefallen. Silvan Hilfiker, Präsident der FDP-Fraktion im Grosse Rat, der die Vorlage wesentlich mitgeprägt hat, ist trotzdem zufrieden: «In den letzten Wochen, als das Nein-Komitee in vielen Gemeinden Flyer verteilt hat, wurde ich schon etwas nervös. Die Gegner haben eine gute Kampagne gemacht. Entscheidend ist aber, dass wir mit unseren guten Argumenten die Mehrheit überzeugen konnten, nämlich dass ein tieferer und einheitlicher Firmensteuersatz Sinn macht.» Dazu gehöre, so Hilfiker, dass jetzt auch der Krankenkassenabzug bei den Steuern steige und künftig auch automatisch angepasst werde.

Peter Gehler, Mitglied im Pro-Komitee und Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), ist ob des vergleichsweise knappen Abstimmungsergebnisses nicht überrascht: «In den Gemeinden haben viele Bedenkensträger vor der Vorlage gewarnt, und viele haben aus reiner Vorsicht Nein gestimmt, selbst wenn ihre Gemeinde finanziell gut dasteht.» Die Erwartung, dass sich das Schicksal der Vorlage in den Gemeinden entscheide, habe sich erfüllt: «Ich bin sehr erleichtert und froh, dass wir mit unseren Argumenten durchgedrungen sind, dass wir jetzt den Makel, bei den Firmensteuern auf den letzten Plätzen zu sein, abschütteln können und ins Mittelfeld vorrücken. Das hilft uns entscheidend im interkantonalen Wettbewerb um gute Steuerzahler.»

Nein-Komitee: Dezidiert gegen jegliche Leistungskürzungen

SP-Grossrätin Carol Demarmels vom Nein-Komitee ist über das Ja zum kantonalen Steuergesetz natürlich enttäuscht. Es freut sie aber, «dass die Vorlage auch weit bis ins bürgerliche Lager abgelehnt wurde. Das ist ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung nicht bedingungslos Steuergeschenke für die reichsten Firmen will. Die Vorlage kam nur durch, weil die Bürgerlichen diesen «Steuerbschiss» mit dem Zückerchen des Versicherungsabzugs versüsst haben». Mit ihrer Kampagne sei es gelungen, der Bevölkerung klar zu machen was der «Bschiss» sei, nämlich dass sie am Ende für die Firmensteuerausfälle aufkommen müsse.

«Wir werden dezidiert jegliche Versuche von Leistungskürzungen aufgrund der Revision bekämpfen, sei das in der Bildung, in der Pflege oder in der Klimapolitik», kündigt Demarmels an. Sie befürchtet, dass der Bevölkerung aufgrund der Vorlage Leistungsabbau und höhere Steuern drohen: «Wir werden auf die Aussagen der Befürwortenden und der Regierung pochen, man könne sich diese Vorlage leisten. Um ihre Behauptungen zu überprüfen, braucht es zwingend ein Monitoring.»

Selina Egger, Geschäftsführerin von Arbeit Aargau und Mitglied im Nein-Komitee, ist ebenso enttäuscht. Es freut sie aber, «dass 44 Prozent die Vorlage durchschaut und abgelehnt haben, also weit mehr als die Wählerschaft von SP, Grünen und EVP. Das ist ein Erfolg im Misserfolg». Für sie ist klar: «Wäre separat über die Firmensteuern



Das bürgerliche Pro-Komitee wartete das Abstimmungsergebnis in Aarau im Gebäude der Aargauischen Industrie- und Handelskammer ab. Als das Ja feststand, wurde hier

abgestimmt worden, wäre dieses Steuergeschenk niemals durchgekommen.» Egger bedauert das Ja umso mehr, als wegen Vorgaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) «Kantone mit tieferen Sätzen die Firmensteuern wieder auf 15 Prozent anheben müssen». Da hätte der Aargau besser alles daran gesetzt, so Egger, «sich bei anderen, ebenso wichtigen Standortfaktoren zu verbessern, so etwa mit der Bekämpfung des Fachkräftemangels, mit mehr Mitteln für Ausbildung, Gesundheit, sozialen Ausgleich und für bezahlbare Kindertagesstätten».

Freude und Erleichterung beim Finanzdirektor

Freude dominiert hingegen beim aargauischen Finanzdirektor Markus Dieth: «Wir sind sehr froh, auch weil die Abstimmung in einem nicht einfachen Umfeld stattgefunden hat.» Meint er den Ukraine-Krieg? Die Arbeiten an der Vorlage hätten vor der Coronapandemie begonnen, erinnert Dieth: «Diese brachte grosse Ungewissheiten, auch zu den finanziellen Auswirkungen. Jetzt, da Corona mindestens vorläufig überwunden scheint, kam der Ukraine-Krieg dazu. Ich verstehe gut, dass dies die Menschen verunsichert.»

Dennoch habe er mit einem Ja an der Urne gerechnet, sagt Dieth, «weil die Haushaltssanierung klar abgeschlossen ist, der Kanton fünfmal hintereinander schwarze Zahlen geschrieben hat, wir über 1 Milliarde Franken Schulden abzahlen konnten und mitt-

lerweile über 700 Millionen Franken in der Ausgleichsreserve haben. Wir stehen auf einem soliden finanziellen Fundament, sind gut gerüstet». Zudem hätten die Gemeinden letztes Jahr 10 bis 15 Prozent besser abgeschnitten als in den Prognosen: «Mit unseren Berechnungen konnten wir aufzeigen, dass sie trotz Steuersenkung am Schluss dank Bevölkerungswachstum und Wachstum des Volkseinkommens mehr Steuereinnahmen haben werden. Nicht so viel wie ohne Steuersenkung, aber mehr als vorher. Es ist wirklich eine Vorlage für alle. Damit profitieren im Aargau alle von der Stärkung des Wohn- und Wirtschaftskantons.»



Beim Nein-Komitee aus SP, Grünen, EVP und Gewerkschaften freute man sich, dass auch viele Bürgerliche die Vorlage abgelehnt haben. Bild: Alexander Wagner

Die nächste Steuerdebatte steht im Aargau schon bald an

120 Millionen Als Nächstes steht eine Vorlage des Kantons an, die 2024 eine Neuschätzung der Immobilien sowie eine Anpassung des Eigenmietwerts und damit Mehreinnahmen für Kanton und Gemeinden von 120 Millionen Franken bringt. Silvan Hilfiker, FDP-Fraktionschef im Grosse Rat und Mitglied des Ja-Komitees zur Steuervorlage vom 15. Mai, kündigt jetzt schon an: «Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Mehreinnahmen dann über einen tieferen Steuerfuss an die Bevölkerung rückerstattet werden.»

Die kommenden Erhöhungen bei der Neuschätzung seien absolut richtig und nötig, betont Carol Demarmels,

SP-Grossrätin und Mitglied des Nein-Komitees bei der gestrigen Steuervorlage: «Eigenheimbesitzende haben laut Verwaltungsgerichtsentscheid systematisch zu wenig Steuern bezahlt. Mieterinnen hingegen schweizweit allein im Jahr 2021 fast 10 Milliarden zu viel.» Darüber, was mit dem Geld geschehen soll, werde man zu gegebener Zeit entscheiden: «Völlig inakzeptabel wäre, was bürgerliche Stimmen schon forderten, es ausschliesslich den Hausbesitzenden zurückzuerstatten.»

Wie reagiert Finanzdirektor Markus Dieth auf die Forderung, diese Mehreinnahmen an die Bevölkerung zurückzugeben? Man habe eben die Anhörung

zu dieser Vorlage gestartet, sagt er. Die jetzige Regelung sei nicht verfassungskonform. Das zeige ein Urteil des Verwaltungsgerichts: «Wir haben bereits gesagt, dass sich mit den Mehreinnahmen aus dem Schätzungswesen Handlungsspielraum für Kanton und Gemeinden ergibt. Die Debatte über die Verwendung dieser Einnahmen werden wir führen, wenn es so weit ist.»

Die Regierung sei an der Erarbeitung eines Planungsberichts für eine Steuerstrategie, die zahlreiche Aspekte ganzheitlich berücksichtige. Dieth: «Wir werden den Planungsbericht zur Steuerstrategie bald vorstellen und mit dem Parlament diskutieren.» (mku)

warnen

nächste Steuerbaustelle wartet.



angestossen. Bild: Alexander Wagner

56,8

Prozent der Stimmenden sagten Ja zum Steuergesetz.

18,6%

beträgt der Steuersatz für Firmen mit Gewinnen über 250 000 Fr. heute noch.

1300

Unternehmen werden im Aargau von der Senkung der Gewinnsteuer profitieren.

15,1%

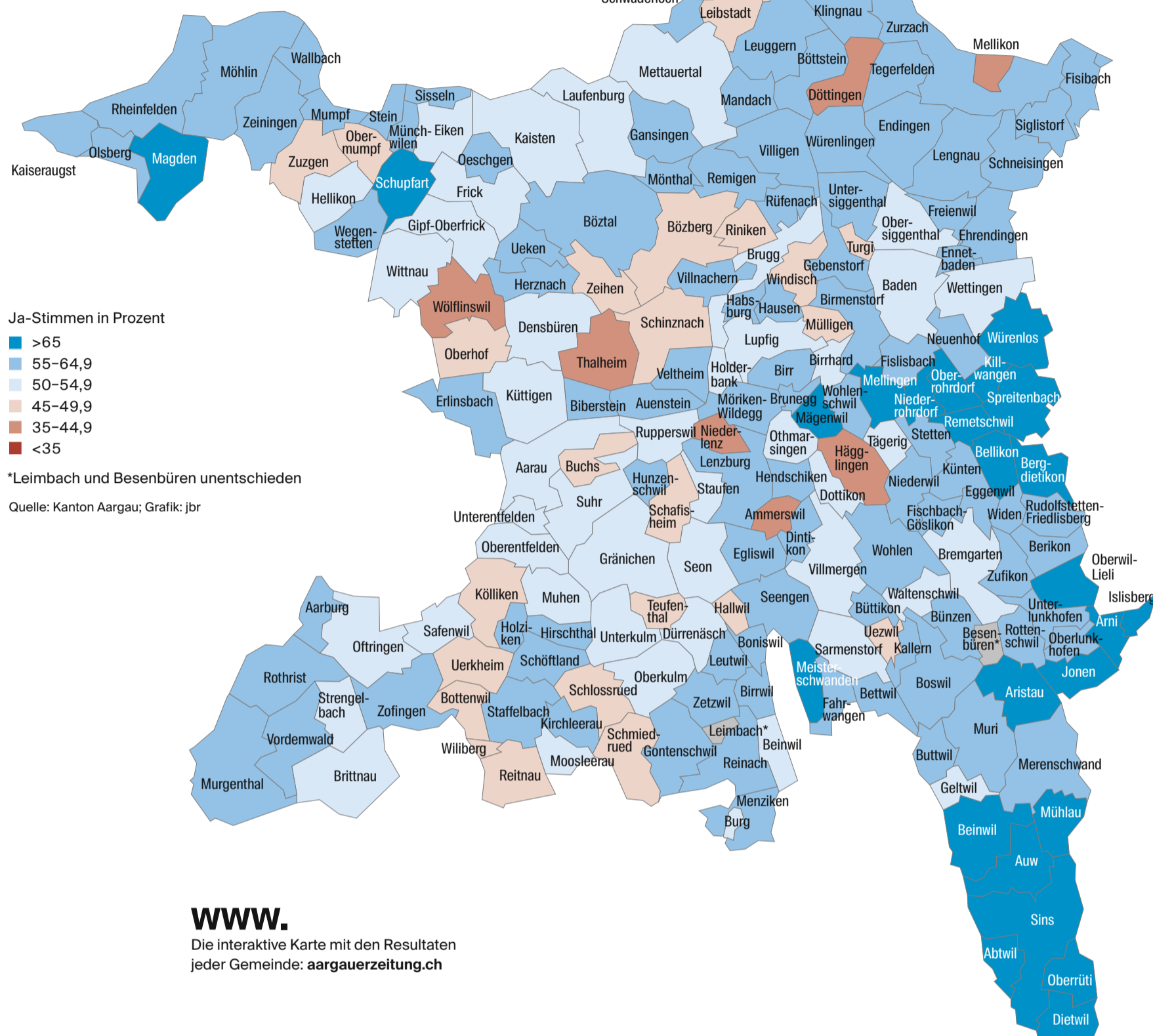
beträgt der neue Satz für diese Unternehmen, die Senkung erfolgt stufenweise.

21

Jahre war der Versicherungsabzug unverändert, jetzt wird er um 50 Prozent erhöht.

Kanton Aargau Resultate Steuervorlage

Stimmbeteiligung: 37,55 %



Die Linke überzeugte kaum über ihr Lager hinaus

SP, Grüne und EVP vermochten im Aargau zu mobilisieren, verloren aber den Kampf gegen die Steuervorlage.

Mark Walther

Datenanalyse Tiefere Firmensteuern und ein höherer Versicherungsabzug für natürliche Personen: Das Aargauer Stimmvolk hat die Steuergesetzrevision mit 56,8 Prozent Ja-Anteil angenommen (siehe Artikel links). Das ist eine Niederlage für SP, Grüne und EVP, die die Vorlage mittels Referendum an die Urne gebracht hatten.

Die Warnung des Nein-Komitees vor Millionenausfällen für Gemeinden und Steuererhöhungen für die Bevölkerung vermochte nur wenige Abstimmende ausserhalb des eigenen Lagers zu überzeugen. In bürgerlich dominierten Gemeinden fand die Vorlage eine komfortable Mehrheit von 60 Prozent. In den Gemeinden mit dem höchsten Anteil Linkswählenden waren es mit 53 Prozent immer noch mehr als die Hälfte. Das zeigt eine Auswertung der Ergebnisse aller 200 Gemeinden.

Besonders bitter für die Linke: Die Stimmbeteiligung lag in ihren Stammlanden fünf Prozentpunkte höher (rund 41 Prozent) als in den anderen Gemeinden (36 Prozent). Es gelang ihr offensichtlich, in einem gewissen Masse für ihr Anliegen zu mobilisieren. Doch es

reichte nicht. Nicht einmal die grössten Städte waren auf ihrer Linie – Aarau sagte mit rund 52 Prozent Ja, Baden stimmte mit 54 Prozent zu.

In einer groben Tendenz zeigt sich: Je bürgerlicher in einer Gemeinde gewählt wird, desto höher war die Zustimmung zum Steuergesetz. Abgelehnt wurde die Vorlage nur in 31 Gemeinden. Darunter hat es allerdings auch solche, die stramm bürgerlich wählen.

In einer Mitteilung zeigt sich das Nein-Komitee denn auch enttäuscht über das Ja zur Steuervorlage: «Die Strategie, die Firmensteuern zu senken, indem der Bevölkerung gleichzeitig das «Zückerli» einer kurzfristigen Steuererleichterung angeboten wird, hat leider funktioniert.»

Mindereinnahmen für Gemeinden spielten nur eine kleine Rolle

Die Annahme der Steuervorlage bedeutet für einige Gemeinden, dass sie in den nächsten Jahren deutlich weniger Steuern einnehmen, als es ohne diese Revision der Fall wäre. Die Stimmberechtigten massen diesem Umstand aber nur vereinzelt Gewicht bei. Zwischen der Höhe der Mindereinnahmen und der Zustimmung zum Steuergesetz

ist in den Gemeinden kein statistischer Zusammenhang erkennbar.

Spreitenbach sagte etwa deutlich Ja zur Vorlage, obwohl die Gemeinde anteilmässig die höchsten Mindereinnahmen wird verkraften müssen. Auch Mägenwil stimmte der Revision trotz grosser Betroffenheit klar zu.

In Spreitenbach ging trotz der brisanten Ausgangslage nur ein Viertel der Stimmberechtigten an die Urne – das ist der tiefste Wert aller Gemeinden.

Mancherorts war der Respekt vor einer Steuererhöhung hoch

Leibstadt hingegen verwarf die Steuervorlage knapp. Die Zurzibier Gemeinde wird gemäss Prognosen des Kantons anteilmässig die zweithöchsten Mindereinnahmen hinnehmen müssen. Gemeindeammann Hanspeter Erne befürchtet aber, der Kanton rechne zu optimistisch. Mitte April sagte er gegenüber der AZ: «Aktuell rechnen wir damit, dass wir bei einer Annahme der Revision die Steuern ab 2027 oder 2028 erhöhen müssen.» Wohl unter diesem Eindruck sagte eine knappe Mehrheit in Leibstadt Nein.

Dasselbe Bild zeigt sich auch in Kölliken. Der Gemeinderat der Suhrenta-

ler Gemeinde warnte öffentlich vor einer Steuererhöhung und einem Leistungsabbau – prompt wurde die Steuervorlage dort verworfen.

Die höchste Zustimmung zum Steuergesetz kam in Sins zu Stande: 77 Prozent. Es folgen Arni (74 Prozent) und Dietwil (71 Prozent). Am tiefsten war die Zustimmung in Niederlenz (39,5 Prozent), Mellikon (41 Prozent) und Ammerswil (42 Prozent).

Nur zwei Volksbegehren klarer angenommen als Amtsenthebung

Alle Gemeinden sagten Ja zur Amtsenthebungs-Initiative (siehe dazu auch Seite 23), am stärksten Bremgarten (92 Prozent), Bergdietikon (91 Prozent) und Arni (90 Prozent). In Wiliberg war der Ja-Anteil mit rund 63 Prozent am kleinsten, aber immer noch hoch.

Insgesamt ist die Amtsenthebungs-Initiative das 21. kantonale Volksbegehren, das vom Stimmvolk angenommen wurde. Der Ja-Anteil von 84,3 Prozent ist eines der klarsten Ergebnisse. Erst zwei Volksinitiativen wurden im Aargau deutlicher angenommen, darunter die allererste: Die Revision der Judengesetzgebung im Jahr 1862 hiessen 88,3 Prozent der Stimmenden gut.